



Webels Woche

Ausgabe 65 / 16.02.2018

Liebe Mitglieder und Freunde der CDU Sachsen-Anhalt,

am Politischen Aschermittwoch haben die Parteien auch in diesem Jahr wieder die Gelegenheit zur Positionsbestimmung genutzt. Dabei wurde kräftig ausgeteilt und zugespitzt formuliert. Das ist gut und richtig so.

Doch wenn in Bierzelten gehetzt und rassistisch beleidigt wird, werden Grenzen überschritten. Leider hat es die AfD auch in diesem Jahr wieder mit unerträglichen Sprüchen geschafft, auf sich aufmerksam zu machen. Hinter den gezielten Tabubrüchen führender AfD-Politiker steht eine Strategie - die Strategie der schrittweisen Enthemmung. Sie dient allein der Eskalation und der Radikalisierung. Sie zielt auf Schlagzeilen, nicht auf die Lösung irgendeines konkreten Problems. Diesen Grenzüberschreitungen müssen wir mit Anstand und Entschlossenheit entgegentreten.

Auch in unserer Demokratie macht der Ton die Musik: wo verunglimpft wird, da fehlen die Argumente. Wo Hetze in den eigenen Reihen geduldet oder sogar dazu aufgerufen wird, fehlt der Respekt vor den Spielregeln unserer Demokratie.

Dazu gehört der Austausch von Argumenten und natürlich auch der Streit um die besten Lösungen. Doch davon hat sich die AfD längst verabschiedet und damit die letzten Reste bürgerlicher Werte über Bord geworfen.

Gerade in Sachsen-Anhalt erleben wir eine AfD, die sich zunehmend radikalisiert und gezielt und immer offener die Zusammenarbeit mit rechtsextremen Gruppierungen sucht.

Die Abgrenzungsbeschlüsse zu PEGIDA und zur Identitären Bewegung sollen nach dem Willen der AfD-Führung zügig aufgehoben werden. Das wäre dann der klare Beweis, dass Poggenburg und Co. mit Gruppierungen, die zu Recht vom Verfassungsschutz beobachtet werden, an einem Strang ziehen.

In diese Entwicklung passen auch die jüngsten Ereignisse im Magdeburger Landtag. Die AfD hat dort mehrfach mit politischen Inszenierungen für Unterbrechungen gesorgt.

Viele Vertreter der AfD scheinen den Landtag mit einem Bierzelt zu verwechseln und mit Gossenjargon und immer neuen Provokationen den Eklat zu suchen. Das schadet unserer Demokratie und zeigt einen eklatanten Mangel an Anstand. Die AfD demaskiert sich damit selbst.

Für mich ist es unerheblich, ob sich AfD-Politiker am Ende auch vor Gericht für Hass und Hetze verantworten müssen. In vielen Fällen mussten sie das bereits, andere Verfahren laufen noch, einige werden sicherlich nach den jüngsten Äußerungen am Politischen Aschermittwoch eröffnet.

Entscheidend ist für mich, dass die Grenzverletzungen offenbar ganz bewusst in Kauf genommen werden. Wer daraus eine Strategie macht, tritt den bürgerlichen Anstand mit Füßen. Die Redefreiheit ist ein hohes Gut in unserer Demokratie, aber sie ist kein Freibrief für Verunglimpfungen. Das muss allen radikalen Kräften immer wieder klar gemacht werden.

Herzliche Grüße

Ihr

Thomas Webel
Landesvorsitzender